

## 8 Informationspolitik während der Johnson-Administration I: Informationen über den Vietnamkrieg

Im Zeitraum von der Ermordung Kennedys im November 1963 bis zur ersten Wahl Johnsons zum Präsidenten im November 1964 verstummte die Kritik an der exekutiven Informationspolitik fast völlig. Dies lag weniger eine Veränderung der Politik durch den neuen Führungsstil Johnsons, sondern reflektierte den Schock der Nation über die Ermordung ihres Präsidenten. Bereits unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten wurde jedoch Kritik an der Informationspolitik der Johnson-Administration laut.<sup>1</sup>

Vor der Thematisierung der Informationspolitik der Eisenhower-Administration im Kontext des Vietnamkrieges geben die folgenden zwei Einschübe Hintergrundinformationen. Zunächst wird Johnsons persönlichen Stil im Umgang mit Journalisten illustriert. Johnsons Eigenheiten im Umgang mit Journalisten erschwerten es ihm, seinen Landsleuten die kontroverse Politik seiner Regierung in Indochina zu erklären. Als zweiter Einschub wird der Weg der USA in den Vietnamkrieg knapp dargestellt.

### 8.1 Johnsons Stil im persönlichen Umgang mit Journalisten

Der folgende Auszug aus einem Artikel, den Arthur Krock im März 1965 in der *New York Times* veröffentlichte, beschreibt die grundsätzlichen Probleme, die viele Journalisten mit der Informationspolitik von Präsident Johnson bzw. dessen Administration hatten:<sup>2</sup>

"Among the marks which distinguish this [Johnson] Administration from any other that has gone before, the tight official lip is outstanding. Nowhere is the 'L.B.J.' brand on all Government acts and policies more plainly to be seen than in those lower level executive quarters the press has been accustomed to learn of moves before they are made, or the actual bases of decisions after they have been announced.

President Johnson only serves as the principal channel of public information, so that he can regulate the yield of the flow on his own estimate of what will help or hinder his objectives. By repressing among his subordinates the native tendency of Americans to sell whatever wares they are associated in producing, he also is controlling the volume to be delivered to the market of public opinion.

This policy of official lip control is the most difficult of enforcement, even by a President of the United States, with his vast and growing power that significantly includes the power to open or close to many the path to fame and fortune. But Mr. Johnson has succeeded to a larger degree than any predecessor has who may have sought to impose so rigid a restraint (the available records supply no demonstrable parallel). Of those Government servants on the lower levels who know the inwardness of decisions made or pending this couplet of Kipling's is an exact descriptive: "The artless aide-de-coup was mute. The gilded staff stood still. [...]"<sup>3</sup>

Prinzipiell war die Informationspolitik der Johnson-Administration durch den Versuch Präsident Johnsons gekennzeichnet, persönlich zur wichtigsten Informationsquelle zu

---

<sup>1</sup> Johnson, Miles B.; Katz, Steven L. (1967): The Government Secrecy Controversy, a Dispute Involving the Government and the Press in the Eisenhower, Kennedy, and Johnson Administrations, New York, S. 97.

<sup>2</sup> Siehe auch, Krock, Arthur A. (24. Januar 1965): *Johnson and News 'Leaks'*, New York Times, Teil IV, S. E11, Sp. 1.

<sup>3</sup> Krock, Arthur A. (7. März 1965): *In the Nation: Lip Control as a Major Official Policy*, New York Times, Teil IV, S. E9.

werden, um so den Fluss der Informationen besser kontrollieren zu können.<sup>4</sup> Dazu passt Krocks Einschätzung, dass keine Administration ungewollte Indiskretionen erfolgreicher unterbinden konnte.

Vordergründig betrachtet war Johnson für Journalisten außergewöhnlich gut zugänglich. Er hielt häufig 'Pressekonferenzen' ab. Kritikpunkt der Washingtoner Journalisten war, dass Johnson seine 'Pressekonferenzen' äußerst kurzfristig ankündigte. Oft vergingen zwischen Ankündigung und Beginn der Konferenz nur wenige Minuten. Fachjournalisten, die sich nicht direkt am Weißen Haus aufhielten, verpassten deshalb oft diese Termine.<sup>5</sup>

Die spontanen 'Pressekonferenzen' Johnsons spielten sich oft in Form von 'Spaziergängen' ab. Die Journalisten mussten den schnellen Schritten des Präsidenten folgen, gleichzeitig seinen leisen Antworten lauschen und das Gehörte notieren. Dies waren keine akzeptablen Arbeitsbedingungen.

Zusätzlich fand Johnson sich zu vielen privaten Gesprächen im kleinen Kreis bereit. Zu diesen Gesprächen wurden indes nur ausgesuchte Journalisten geladen. Das Resultat dieser Verfahrensweise war, dass der Präsident zwar viel Zeit mit der Presse verbrachte, jedoch wenig Informationen weitergab.<sup>6</sup>

## 8.2 Der Weg der USA in den Vietnamkrieg

Im letzten Drittel des 19. Jahrhundert hatte Frankreich Indochina, bestehend aus den heutigen Staaten Vietnam<sup>7</sup>, Kambodscha und Laos, seiner Herrschaft unterworfen. 1911 rief die französische Regierung auf diesem Territorium das Generalgouvernement Indochina aus. Während des Zweiten Weltkrieges eroberten japanische Truppen das Generalgouvernement. 1945 erhielt Frankreich die Kontrolle über das Gebiet zurück. Gleichzeitig erklärte Ho Chi Min, der Führer der nationalen Unabhängigkeitsbewegung Vietmin, 1945 Vietnam als Demokratische Republik Vietnam für unabhängig. 1946 wurde das Generalgouvernement in die formell unabhängigen Staaten Kambodscha, Laos und Vietnam aufgeteilt. Über deren Assoziation mit der Französischen Union versuchte Frankreich jedoch seine Kontrolle darüber aufrecht zu erhalten. Die Vietmin akzeptierten diese Politik Frankreichs nicht und begannen im Dezember 1946 den ersten Indochinakrieg. Ab 1950 wurden die Vietmin durch die Volksrepublik China unterstützt. Frankreich erhielt Hilfe von den USA und von der südvietnamesischen Regierung unter Kaiser (von Annam) Bao Dai, der von den Vietmin nicht anerkannt wurde. Der erste Indochinakrieg wurde 1954 auf der Genfer Ostasienkonferenz mit dem Beenden der französischen Kolonialherrschaft und der Teilung Vietnams in Nord- und Südvietnam beendet. Innerhalb des westlich orientierten Südvietnam wurde in den folgenden Jahren mit Unterstützung des kommunistisch orientierten Nordvietnams eine Widerstandsbewegung, der Vietcong, aufgebaut. Ab 1957 erreichten die Konflikte zwischen den südvietnamesischen Regierungstruppen und dem Vietcong ein bürgerkriegs-

<sup>4</sup> Johnson, Miles B.; Katz, Steven L. (1967): The Government Secrecy Controversy, a Dispute Involving the Government and the Press in the Eisenhower, Kennedy, and Johnson Administrations, New York, S. 98-100.

<sup>5</sup> Journalism Society Criticizes Johnson On News Parleys (23. November 1964), New York Times, S. 23, Sp. 3.

<sup>6</sup> Krock, Arthur A. (24. Januar 1965): Johnson and News 'Leaks', New York Times, Teil IV, S. E11, Sp. 1. Krock, Arthur A. (7. März 1965): In the Nation: Lip Control as a Major Official Policy, New York Times, Teil IV, S. E9.

<sup>7</sup> Vietnam umfasst die zwei Gebiete/Reiche Tongking im Norden und Annam im Süden. Tongking wird von der Ethnie Trinh dominiert, in Annam dominieren die Nguyen.

ähnliches Ausmaß. Der angebliche Angriff der nordvietnamesischen Marine auf ein amerikanisches Kriegsschiff im Golf von Tongking am 4. August 1964 diente der Johnson-Administration zur innen- und außenpolitischen Legitimation des Einsatzes regulärer amerikanischer Truppen zur Unterstützung der südvietnamesischen Streitkräfte.

Der amerikanische Kongress gab seine Zustimmung zu diesem Kriegseintritt der USA durch das Verabschieden der Tongking Resolution:

"The United States regards as vital to its national interest and to world peace the maintenance of international peace and security in southeast Asia. Consonant with the Constitution of the United States and the Charter of the United Nations and in accordance with its obligations under the Southeast Asia Collective Defense Treaty, the United States is, therefore, prepared, as the President determines, to take all necessary steps, including the use of armed force, to assist any member or protocol state of the Southeast Asia Collective Defense Treaty requesting assistance in defense of its freedom."<sup>8</sup>

Mit dieser Resolution gab der Kongress praktisch seine Verantwortung für und seine Kontrollmöglichkeit über die amerikanische Vietnampolitik auf. Eine formelle Kriegserklärung der USA gegen Nordvietnam erfolgte nie.

Hintergrund für diese Entwicklung war, dass die Regierung der USA, obwohl auf der Genfer Ostasienkonferenz ein Waffenstillstand beschlossen worden war, ihre militärische Unterstützung für die südvietnamesische Regierung nicht eingestellt hatte. Die Logik des Ost-West-Konfliktes verbot einen Rückzug aus dem Konflikt. Die Unterstützung der Amerikaner für die südvietnamesische Regierung war zunächst auf Wirtschafts- bzw. Militärhilfe beschränkt gewesen. Bald waren jedoch auch amerikanische 'Militärberater' nach Südvietnam entsandt worden. Zu Beginn der Amtszeit Kennedys waren es bereits über 16.000 gewesen. Die durch das Inszenieren des Golf von Tongking-Zwischenfalles durchgesetzte Tongking-Resolution diente hauptsächlich dem Überwinden innenpolitischer Widerstände gegen das militärische Engagement der amerikanischen Regierung in Indochina.

Bis 1965 hatte das amerikanische Engagement in Vietnam den Einsatz von regulären amerikanischen Bodentruppen ausgeschlossen. Mit dem Durchsetzen der Tongking-Resolution waren die innenpolitischen Hürden gegen diesen Schritt überwunden worden. Zu Beginn des Jahres 1965 entschied die Johnson-Administration, Bodentruppen nach Vietnam zu schicken und die amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam auszudehnen. An diesen Entscheidungen wurde deutlich, dass es sich ab diesem Zeitpunkt um einen Krieg der Amerikaner und nicht länger um einen Krieg der südvietnamesischen Regierung handelte.

Da der Krieg nicht offiziell erklärt wurde, lag die Entscheidung zum Verstärken des amerikanischen Engagement in der alleinigen Verantwortung der Johnson-Administration, d.h. letztlich bei Präsident Johnson persönlich.

Die Erfolglosigkeit des militärischen Engagements der USA, die fehlende Rechtsgrundlage für das Entsenden der amerikanischen Truppen<sup>9</sup> und das mit dem Krieg

<sup>8</sup> United States; Congress (7. August 1964): *H. J. RES 1145 (Joint Resolution of Congress) [Southeast Asia Resolution (Tonkin Resolution)]*, *Department of State Bulletin*, 24. August 1964.

<sup>9</sup> Es gab keine Kriegserklärung. Nach der amerikanischen Verfassung ist allein der Kongress berechtigt, den Eintritt der USA in einen Krieg zu beschließen. Das ständig zunehmende militärische Engagement der USA in Südostasien demonstrierte den Kongressabgeordneten täglich, wie ihre verfassungsrechtliche Stellung durch die Exekutive missachtet wurde. Gleichzeitig fehlte den Kongressabgeordneten die Entschiedenheit, die Mittel für das militärische En-

verbundene Elend machten es aus Sicht der Kennedy- und noch stärker aus Sicht der Johnson-Administration notwendig, das Engagement der USA vor der eigenen Bevölkerung herunterzuspielen, militärische Einsätze in Nordvietnam, Kambodscha und Laos zu leugnen und fehlende militärische Erfolge vorzutäuschen. Diese 'Öffentlichkeitsarbeit' und ihre Auswirkungen auf die Pressefreiheit ist Thema dieses folgenden Kapitels.

### 8.3 Behinderung der Berichterstattung über den amerikanischen Krieg in Indochina

Die problematische Informationspolitik, welche die Johnson-Administration im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg kennzeichnen sollte, war durch die Vorgaben der Kennedy-Administration angelegt. Im Februar 1962 hatte Kennedy innerhalb einer offiziellen Pressekonferenz erklärt, er könne eine freie Berichterstattung von den Guerillakämpfen in Vietnam nicht garantieren.<sup>10</sup> Wie bereits im Kapitel über die Kennedy-Administration beschrieben, folgten Behinderungen der Journalisten in Vietnam, und auf offiziellem Wege wurden von der Kennedy-Administration falsche Informationen über den Krieg verbreitet.<sup>11</sup> Diese Informationspolitik wurde selbst von Offizieren der amerikanischen Streitkräfte kritisiert, und der Moss-Ausschuss untersuchte sie in einer Anhörung.<sup>12</sup>

Die Amtsübernahme Johnsons leitete in der Informationspolitik zum Vietnamkrieg keine Wende ein. Die Johnson-Administration war, wie bereits erwähnt, trotzdem zunächst nicht der Kritik ausgesetzt, welche die Kennedy-Administration zuletzt für ihr *news management* auch bezüglich Informationspolitik im Kontext des Vietnamkrieges erfahren hatte.

In diese frühe Phase der Amtszeit Johnsons fiel die Diskussion des angeblichen Zwischenfalles im Golf von Tongking und die im Zuge dieser Diskussion vom Kongress verabschiedete Tongking-Resolution. Die durch die Ermordung Kennedys ausgelöste Stimmung war jedoch nur ein Faktor, der Kritik an der Informationspolitik im Kontext des Vietnamkrieges dämpfte.

Ein weiterer Einfluss war die zu diesem Zeitpunkt in den USA vorherrschende Meinung, eine Eskalation des Konfliktes durch die USA führe zu einem Sieg der amerikanischen Streitkräfte über den Vietcong. Die Tongking-Resolution kam all jenen entgegen, die aus dieser Überzeugung heraus ein Ausweiten des militärischen Engagements in der Region befürworteten. Für diese Gruppe waren die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Resolution und die unklaren Umstände, die als Rechtfertigung für die Resolution angeführt wurden, angesichts des gewünschten politischen Ergebnisses akzeptabel.

---

gagement der USA in Südostasien zu sperren oder sich durch einen entsprechenden Beschluss offiziell zu dem Krieg zu bekennen. Diese Unentschiedenheit war eine Voraussetzung für die Verabschiedung der Tongking-Resolution. Vordergründig legitimiert durch einen Art Notwehrsituation, gab die Resolution den Kongressabgeordneten die Möglichkeit, die politische Verantwortung für das militärische Engagement der USA in Indochina auf die Exekutive zu übertragen.

<sup>10</sup> *More U.S. Units Sent to Vietnam* (8. Februar 1962), New York Times, S. 7, Sp. 5.

<sup>11</sup> *Saigon Impeding Western Press* (24. März 1962), New York Times, S. 6, Sp. 1. *G.I.'s in Vietnam Lied as Ordered* (5. Mai 1962), New York Times, S. 8, Sp. 4.

<sup>12</sup> *Curbs in Vietnam Irk U.S. Officers* (22. November 1962), New York Times, S. 6, Sp. 1. United States; Congress; House of Representatives; Committee on Government Operations (1963): Government Information Plans and Policies, Part 4: Vietnam News Coverage, Hearing, Congress 88-1, Washington, D.C., S. 387-420.

Das Betonen der mit dem Beschluss der Tongking-Resolution verbundenen Zuversicht ist wichtig, da sowohl die restriktive Informationspolitik der Johnson-Administration zum Vietnamkrieg als auch die sich an dieser Informationspolitik entzündende Kritik gleichzeitig Klagen über die militärischen Misserfolge der amerikanischen Streitkräfte waren. Hätten die USA in Indochina militärische Erfolge feiern können, hätte die Johnson-Administration weniger Anlass zu Geheimhaltung gehabt und nur wenige Journalisten hätten angesichts militärischer Erfolge der USA im Zusammenhang mit diesen Erfolgen Geheimhaltung kritisiert.

Mit dem Beginn des offiziellen Einsatzes amerikanischer Bodentruppen zu Beginn des Jahres 1965 nahm der Stellenwert der Berichterstattung über den Vietnamkrieg in den USA zu. Damit gingen Konflikte amerikanischer Journalisten in Vietnam mit dem dort stationierten amerikanischen Militär und der südvietnamesischen Regierung einher.

Bereits im März 1965 wurde Journalisten vorgeworfen, durch ihre Berichterstattung amerikanische bzw. südvietnamesische Truppen in Gefahr zu bringen. Die amerikanische Botschaft und die südvietnamesische Regierung forderten deshalb die Journalisten auf, über Luft einsätze erst nach der Rückkehr der Flugzeuge zu berichten.<sup>13</sup> Bei diesen Aufforderungen blieb es nicht. Noch im selben Monat wurde die Arbeit der Journalisten innerhalb des amerikanischen Luftwaffenstützpunktes in Danang durch Auflagen eingeschränkt. Sie mussten sich ab diesem Zeitpunkt vom Betreten des Stützpunktes an eskortieren lassen.<sup>14</sup> Dies war nur ein Punkt eines umfassenden Kataloges von Maßnahmen, die ergriffen wurden, um eine kritische Berichterstattung über den Krieg zu unterbinden.

Diese Politik provozierte Klagen bei den betroffenen Journalisten. In Meldungen von *Associated Press* wurde kritisiert, die Auflagen des amerikanischen Militärs erschweren das Berichten über den Krieg zusehends. Der Pressesprecher des Pentagon, Sylvester, versuche diese Kritik mit der Behauptung abzuweisen, die südvietnamesische Regierung und nicht das amerikanische Militär trage die Verantwortung für das Behindern der Arbeit der Journalisten. Von einer aufgrund der Klagen einberufenen Tagung von Vertretern der Regierungen in Saigon und Washington und des pazifischen Oberkommandos der amerikanischen Streitkräfte blieben Journalisten ausgeschlossen. Der Konflikt wurde schließlich als so bedeutend empfunden, dass der Moss-Ausschuss den Klagen der Journalisten nachging. Wenige Tage später, am 25. März, wurde der Stützpunkt Danang für amerikanische Journalisten gesperrt. Die südvietnamesische Regierung gab bekannt, dass diese Entscheidung in Absprache mit der amerikanischen Regierung getroffen worden sei.<sup>15</sup>

Für die amerikanische Öffentlichkeit war klar ersichtlich, welche Rolle ihre Regierung in diesem Konflikt spielte. Um politischen Schaden von sich abzuwenden, versuchte die Johnson-Administration die Verantwortung für den Umgang mit den Medien vordergründig in die Hände der südvietnamesischen Regierung zu legen. Die Restriktionen in

<sup>13</sup> Langguth, Jack (3. März 1965): *Big Raids Staged on North Vietnam*, New York Times, S. 10, Sp. 1.

<sup>14</sup> Raymond, Jack (17. März 1965): *More U.S. Helicopters to Go to Vietnam*, New York Times, S. 5, Sp. 3.

<sup>15</sup> *Newsmen Report U.S. Imposes Curbs on Coverage in Vietnam* (18. März 1965), New York Times, S. 4, Sp. 4. *News Restrictions Disavowed by U.S.* (19. März 1965), New York Times, S. 3, Sp. 5. *U.S. Aides Dismiss Vietnam Reporting* (20. März 1965), New York Times, S. 2, Sp. 8. *U.S. Newsmen Are Banned From Danang Air Base* (25. März 1965), New York Times, S. 6, Sp. 5.

Danang wurden gelockert. Gleichzeitig sollten zukünftig amerikanische Journalisten ihre Informationen primär von südvietnamesischen Presseoffizieren erhalten.<sup>16</sup>

Die Situation eskalierte jedoch in einem Maße, dass in *Newsweek* berichtet wurde:

"So tight, in fact are the new restrictions that one Saigon hand cabled his editor: 'Situation intolerable [...] correspondents being treated like spies.'<sup>17</sup>

Die in der *Newsweek* geäußerte Einschätzung wurde in der *New York Times* bestätigt.<sup>18</sup> Journalisten dürften innerhalb des Luftwaffenstützpunktes die Clubs der Soldaten und Offiziere nicht mehr betreten und nur unter Aufsicht mit Piloten sprechen. Piloten, deren Einsatzgebiete über Nordvietnam gelegen hatten, wurde der Kontakt zu Journalisten vollständig untersagt. Der Präsident von *Associated Press* klagte:

"News restrictions imposed by the Pentagon raise serious questions as to whether the American people will be able to get a true picture of the war in Vietnam.

Correspondents have voluntarily acceded to military requests on security matters, such as not reporting raids until planes return. So far as the Associated Press is concerned, our correspondents would be prepared to submit air base copy to formal censorship if the United States Army installs it.

But correspondents should be free to see and cover all aspects of the war as done in World War II."<sup>19</sup>

Im April veröffentlichte die *American Society of Newspaper Editors* ihren Jahresbericht. In ihm klagte sie den Pressesprecher des Verteidigungsministeriums, Sylvester, bzw. den Verteidigungsminister und früheren Ford-Manager McNamara an, die Informationspolitik des Verteidigungsministeriums mit den Public Relations-Aktivitäten der *Ford Motor Company* zu verwechseln.<sup>20</sup> Wenig später verurteilten auch die Direktoren von *Associated Press* in einer Resolution die vom amerikanischen Militär ausgeübte Zensur. Sie begründeten ihren Protest ausdrücklich mit dem Hinweis, die amerikanische Bevölkerung werde über die wahre Situation in Vietnam im unklaren gelassen.<sup>21</sup>

Die Proteste führten zu einer Lockerung der Restriktionen. Gleichzeitig wurde den Journalisten, die gegen die Restriktionen verstießen, mit einer Ausweisung aus Südvietnam gedroht.<sup>22</sup>

Die Johnson-Administration beließ es im Rahmen ihrer Informationspolitik zum Vietnamkrieg nicht bei der Behinderung von Journalisten. Zur Rechtfertigung des Krieges versuchte sie auch, Falschmeldungen über den Vietcong zu verbreiten. Eine wichtige Rolle kam in diesem Zusammenhang der *United States Information Agency* zu.

In einem Artikel im *St. Louis Globe-Democrat* vom 24. Mai 1965 beklagte sich Jack Foisie, der Vietnam Korrespondent der *Los Angeles Times*, die *United States Information Agency* versuche das Publizieren von Artikeln über Gräueltaten der vietnamesi-

<sup>16</sup> Langguth, Jack (28. März 1965): *U.S. Easing Curbs on Vietnam News*, New York Times, S. 3, Sp. 1.

<sup>17</sup> *The Lid in Vietnam: Restrictions on Newsmen* (29. März 1965), Newsweek, S. 58.

<sup>18</sup> *Newsmen Report U.S. Imposes Curbs on Coverage in Vietnam* (18. März 1965), New York Times, S. 4, Sp. 4.

<sup>19</sup> Ebd., S. 4, Sp. 4.

<sup>20</sup> *Pentagon Criticizes News Policy* (16. April 1965), New York Times, S. 10, Sp. 6.

<sup>21</sup> *U.P.I. Clients Are Told Parleys On Vietnam Offer Best Way Out* (20. April 1965), New York Times, S. 27, Sp. 2. *Editor Criticizes U.S.I.A in Vietnam* (21. April 1965), New York Times, S. 4, Sp. 3.

<sup>22</sup> *U.S. Reporters in Danang Cautioned on News Curbs* (27. April 1965), New York Times, S. 25, Sp. 3.

schen Guerilla zu erreichen, obwohl diese 'Nachrichten' nicht belegt seien.<sup>23</sup> Kritik in die gleiche Richtung äußerte George Beebe, der Herausgeber des *Miami Herald* und Präsident der *Associated Press Managing Editors Association*, als er anlässlich der Jahreshauptversammlung der *Associated Press Managing Editors Association* klagte, die amerikanische Öffentlichkeit erfahre über den Vietnamkrieg weder alle Nachrichten noch die Wahrheit:

"We do not object to safeguards to protect the security of our nation and our fighting men, but editors of this country do object to the contradictions, the double talk and half truths that the press is getting, both in Washington and Saigon. [...] With rare exception, the press always has felt the military should be spokesmen of military matters. It resents USIA<sup>24</sup> requiring escorts when reporters talk to the men in our armed forces."<sup>25</sup>

Für die in Vietnam arbeitenden Journalisten war es schwer, sich dem Druck des amerikanischen Militärs und der südvietnamesischen Regierung zu entziehen. Dies wird an einem Artikel deutlich, den die *New York Times* im Juli 1965 veröffentlichte. In dem Artikel wird berichtet, dass die amerikanische Vertretung in Südvietnam Informationen über die Anzahl gefallener amerikanischer Soldaten, über Truppenbewegungen und darüber, welche Einheiten sich in Kampfeinsätzen befanden, geheim hielt. Weiter wird berichtet, dass die Journalisten vor Ort diese Zensur informell akzeptierten.<sup>26</sup> Im August wurde die Zensur erneut verschärft. Jetzt wurden auch Informationen über die Anzahl der von den USA eingesetzten Flugzeuge geheimgehalten.<sup>27</sup> Ein knappes Jahr später, im April 1966, verfügte das amerikanische Militär in Vietnam die Geheimhaltung der Zahl der abgeschossenen amerikanischen Militärflugzeuge.<sup>28</sup>

Diese Informationspolitik oder besser 'Desinformationspolitik' irritierte allmählich die Bürger in den USA.<sup>29</sup> Im Verlauf des Jahres verschlimmerte sich die Wahrnehmung der Informationspolitik der Johnson-Administration so sehr, dass sie im folgenden Jahr vom *Senate Foreign Relation Committee* untersucht wurde.

Im Februar 1966 wurde in der *New York Times* von einer "Glaubwürdigkeitslücke" (*credibility gap*) berichtet, mit welcher sowohl die Johnson-Administration als auch die Medien im Rahmen ihrer Berichterstattung über den Vietnamkrieg zu kämpfen hätten.<sup>30</sup> Kritik an der Informationspolitik der Johnson-Administration wurde auch von Personen außerhalb des Kreises der Medienvertreter, z.B. vom Gouverneur von Kansas<sup>31</sup> oder vom Repräsentanten Laird<sup>32</sup>, geäußert.

<sup>23</sup> *Criticism of Vietnam Information Policies Mounts* (Mai-Juni 1965), *Freedom of Information Digest*, Bd. 7, Nr. 1, S. 3.

<sup>24</sup> USIA steht für *United States Information Agency*. Die USIA ist die für Auslandspropaganda zuständige Behörde der USA.

<sup>25</sup> *Criticism of Vietnam Information Policies Mounts* (Mai-Juni 1965), *Freedom of Information Digest*, Bd. 7, Nr. 1, S. 3.

<sup>26</sup> *M'Namara, Lodge Arrive in Saigon* (16. Juli 1965), *New York Times*, S. 2, Sp. 2.

<sup>27</sup> *U.S. Adding 6,400 Men to Marine Force in Vietnam* (15. August 1965), *New York Times*, S. 2, Sp. 3.

<sup>28</sup> *2 More American Jets Downed in North Vietnam* (26. April 1966), *New York Times*, S. 2, Sp. 3.

<sup>29</sup> Mohr, Charles (14. November 1965): *Washington: War on the Installment Plan*, *New York Times*, Teil IV, S. 10, Sp. 3. Edwards, Jack (4. Dezember 1965): *The Honesty Gap in Washington*, *Human Events*, Bd. 25, S. 15.

<sup>30</sup> Raymond, Jack (13. Februar 1966): *It's a Dirty War For Correspondents, Too*, *New York Times Magazine*, Teil IV, S. 32.

<sup>31</sup> *Romney Says Government Is Restricting Flow of News* (27. März 1966), *New York Times*, S. 26, Sp. 1.

<sup>32</sup> Wells, Benjamin (19. Mai 1966): *Laird Puts Forces on War at 440,000*, *New York Times*, S. 4, Sp. 4.

Ein weiteres Indiz für die kritische Wahrnehmung der Informationspolitik im Kontext des Vietnamkrieges ist, dass an der *Duke University* im Sommer 1966 eine Konferenz über internationale Propaganda, genauer gesagt über Propaganda mit dem Ziel, den Verlauf von Konflikten in der Dritten Welt zu beeinflussen, veranstaltet wurde.<sup>33</sup>

Diese Auseinandersetzungen führten in den USA für die Johnson-Administration zu einem allmählich zunehmenden Verlust an Glaubwürdigkeit. Ohne in einem direkten Zusammenhang mit der Diskussion um die Neugestaltung des Akteneinsichtsrechtes zu stehen, hatten die Konflikte um die Berichterstattung über den Vietnamkrieg einen Einfluss auf diese Diskussion. Mit der Zahl der amerikanischen Bürger, die den Eindruck gewannen, die Johnson-Administration verberge Informationen und tue dies auf un-rechte Weise, wuchs die kritische Öffentlichkeit, die Kongressabgeordnete dazu bringen konnte, für das Gesetz zu stimmen.

Lewis interpretiert in seiner Arbeit den Zusammenhang zwischen dem Konflikt um die Berichterstattung über den Vietnamkrieg und der Diskussion um den FOIA enger. Aus seiner Sicht erklärt sich die Opposition der Johnson-Administration gegen den FOIA nicht unwesentlich durch deren Furcht, ihre Lügen über die amerikanischen Aktivitäten in Vietnam, Laos und Kambodscha könnten aufgedeckt werden.<sup>34</sup>

Die These ist zunächst plausibel. Lewis versäumt es jedoch, sie in seiner Arbeit klar zu belegen. Außerdem wird die Erklärungskraft dieser These durch den Umstand relativiert, dass die Johnson-Administration allenfalls die Einsätze ihrer Bomber bis zu einem gewissen Grad geheim halten konnte. Die Verlauf des Vietnamkrieges immer stärker werdenden Verlegungen amerikanischer Truppen in das Konfliktgebiet ließen sich nicht verbergen. Allein die Kommunikation zwischen den amerikanischen Soldaten und ihren Angehörigen führte zur Verbreitung von Informationen über die stattfindende Eskalation in Vietnam. Johnson bzw. seine Administration konnten deshalb nicht hoffen, durch ein Verhindern des FOIA das militärische Engagement der USA in Vietnam zu verbergen. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass im Kongress Abgeordnete saßen, die dem Vietnamkrieg kritisch gegenüberstanden. Um den militärischen Einsatz der USA in Vietnam herunterzuspielen, musste die Johnson-Administration deshalb nicht nur Fragen interessierter Bürger, sondern auch dieser Abgeordneten abwehren. Wenn die Johnson-Administration gewillt war, die Informationsrechte der Kongressabgeordneten zu missachten, konnte von einem möglichen FOIA kein großer Schrecken ausgehen.

Die Wichtigkeit des Vietnamkrieges für die Diskussion um den FOIA liegt primär in dessen Bedeutung für das Herausbilden der bereits thematisierten 'Glaubwürdigkeits-lücke'. Jeder Regierung kann unterstellt werden, 'gute Gründe' für eine Ablehnung der rechtlichen Verankerung von mehr politischer Transparenz zu haben. Das Interesse der breiten Öffentlichkeit für die Problematik schwankt hingegen stark. Der Ärger vieler Amerikaner darüber, im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg von ihrer Regierung fortlaufend belogen zu werden, überdeckte deshalb die in der These von Lewis geäu-

---

<sup>33</sup> Havinghurst, Clark C. (Ed.) (Sommer 1966): *International Control of Propaganda*, Law and Contemporary Problems Quarterly, S. 437-634.

<sup>34</sup> Lewis, Jeremy R. T. (1982): The Freedom of Information Act: From Pressure to Policy Implementation, Dissertation, Baltimore, Johns Hopkins University, S. 31.

---

Berte Einschätzung über die Auswirkung des Vietnamkrieges auf die Diskussion des Vietnamkrieges.

